Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bedürftiger 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 13, Schwarzenberg 461. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückg. unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 147. Donnerstag, den 26. Juni 1924. 77. Jahrg.

Amtliche Bekanntmachungen befinden sich in der Beilage.

Neue Drosselungs-Note.

Berlin, 24. Juni. Der englische Botschafter und der französische Geschäftsträger haben dem Reichskanzler am Dienstag nachmittag die in der Presse bereits angekündigte Note überreicht, die in deutscher Uebersetzung lautet:

Chequers, 22. Juni 1924.

Wir wünschen uns in einer Frage, die unseren beiden Regierungen ernste Sorge bereitet, unmittelbar an Eure Exzellenz zu wenden. Wir haben nicht ohne große Besorgnis erfahren, daß die deutsche Regierung vielleicht die Absicht haben könnte, auf die kürzlich wegen der Militärkontrolle in Deutschland an ihren Botschafter in Paris gerichtete Note keine zustimmende Antwort zu geben. Gleichzeitig erhalten wir die beunruhigenden Berichte über die unausgesetzte und zunehmende Aktivität der nationalistischen und militaristischen Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen, um in Mitteleuropa neue bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Diese Berichte sind zu zahlreich und zu substantiv, als daß man sie vernachlässigen könnte. Sie führen dazu, die öffentliche Meinung in einer Besorgnis zu bestärken, die unvermeidlich die Haltung der beiden Regierungen beeinflussen muß. Wir sind sicher, daß die deutsche Regierung, falls diese Berichte unbegründet sind, nicht nur ihre eigentlichen Interessen wahren, sondern auch ganz Europa einen großen Dienst erweisen würde, wenn sie an einer Untersuchung mitwirkt, die so durchgeführt wird, daß sie Besorgnisse vor geheimen militärischen Vorbereitungen zerstreut. Wir können der deutschen Regierung nicht verbergen, und wir halten es für gut, sie davon zu verständigen, daß jeder neue Vorstoß gegen die loyale und genaue Durchführung der Verpflichtungen aus Teil 5 des Vertrages von Versailles die internationale Lage gerade in einem Augenblick schwer belasten würde, in dem die Aussicht auf schnellste Inkraftsetzung des Dawesberichtes in allen beteiligten Ländern die Hoffnungen auf die endgültige Regelung der Reparationsfrage, der nur allgemeine und wirkliche Befriedigung die Wege ebnen sollen, aufkeimen läßt. Wir bitten daher die deutsche Regierung, diese Befriedigung zu erleichtern und zu diesem Zwecke zunächst mit Nachdruck und gutem Willen an der Verwirklichung der rechtmäßigen Forderungen der Militärkontrollkommission mitzuarbeiten. Es läge im eigensten Interesse der deutschen Regierung, wenn die genaue Lage in bezug auf die Entwaffnung in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages festgestellt würde. Wenn sie die Alliierten von der Aufrichtigkeit ihrer Haltung überzeugen wolle, so müsse sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen Beweis hierfür zu geben, indem sie die Kontrollkommission bei der Feststellung der Tatsachen unterstützt. Wir appellieren an Eure Exzellenz, weil wir keine Gelegenheit versäumen möchten, um eine Ursache ernster Schwierigkeiten zwischen unseren Regierungen zu beseitigen. Frankreich und Großbritannien haben keineswegs das Bestreben, der deutschen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten oder die Kontrolle über das Maß des Notwendigen hinaus zu verlängern. Im Gegenteil, sie nehmen die Zurückziehung der Kommission für einen möglichst nahen Zeitpunkt in Aussicht. Sie wünschen lebhaft den Mechanismus der Kontrollkommission durch das in Artikel 213 des Vertrages dem Völkerbundsrat übertragene Untersuchungsrecht ersetzt zu sehen, sobald sie in bezug auf die verschiedenen Punkte, die die alliierten Regierungen bezeichnet haben, Genugtuung erhalten haben. Sie verlangen nur, daß man ihren berechtigten Besorgnissen Beruhigung zuteil werden läßt. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie ihre Sicherheit durch Wegfall der Garantien gefährden lassen, die sie auf Grund des Versailler Vertrages in Händen haben. In diesem Geiste bringen wir erneut unsere aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck, daß die deutsche Regierung auf die Note der Botschafterkonferenz die Antwort erteilt, die der Situation und den im Vertrage feierlich festgesetzten Verpflichtungen entspricht.

Herriot. Ramsay Macdonald.

* * *

Die Herren Herriot und Macdonald verzehren sich in ihrer Sorge um Deutschland. U. a. haben sie sich's in den Kopf gesetzt, das bedauernswerte Land, in dem trotz sechsjähriger Knechtung, trotz wirtschaftlicher Aussaugung und moralischer Auslaugung das Nationalgefühl nicht tot zu machen ist, durchaus einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Neuerdings haben sie sich bei einer Sonntagszigarre auf dem Ruhesitz Macdonalds in Chequers dahin geeinigt, den deutschen Reichskanzler in einer neuen Note inständig zu bitten, doch ja keine Dummheiten betreffs der Militärkontrolle zuzulassen. In der zuckersüßesten Weise ist die Note abgefaßt. Gewisse unüberzeugbare Schwärmer in Deutschland werden jubeln ob des „anderen Gesichts", das sich da in Frankreich und England zeige. Uns allerdings gefiel die Art Poincares besser, da wußte wenigstens jeder, woran er war. Ein Herriot, der monatelang für sich Reklame als Deutschenfreund machen ließ und dann als erste Regierungshandlung einen Nollet zu seinem Hauptmitarbeiter machte, kann uns durch noch so schönfrisierte Redewendungen nicht imponieren.

Der langen Note kurzer Sinn ist: Deutschland soll auch die letzten Reste von Selbstgefühl für immer aufgeben, dann wird es den Himmel auf Erden haben. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß sich Hr. Marx und sein Kabinett durch die schöne Note überzeugen lassen werden. Sie werden sich bemühen, die „Bitten" der großen Demokraten Herriot und Macdonald, die von dem deutschen Demokraten Breitscheid instruiert worden sind, zu erfüllen.

In einem aber hat man sich in London und Paris getäuscht: daß die nationale Gesinnung deutscher Männer und Frauen durch demokratische Fälscherkunststücke zu Boden gerungen werden kann. Sie wird sich trotz der „Strenge", die Herriot gegen sie „anzuwenden" verspricht, immer mehr ausbreiten und vertiefen. Auch noch so viele und schöne Militärkontrollnoten werden das nicht ändern.

* * *

Berlin, 24. Juni. Der englische Botschafter war gestern erneut im Auswärtigen Amt. Das Reichskabinett hielt gestern nachmittag eine wichtige Sitzung ab, die der Entwaffnungsfrage gegolten hat. Auch der Besuch des englischen Botschafters ist mit der Entwaffnungsfrage in Verbindung zu bringen. Die Situation ist insofern ungeklärt, als im Reichskabinett eine Mehrheit für die Annahme der Entwaffnungsforderungen noch nicht vorhanden ist.

Berlin, 24. Juni. Gestern sind weitere acht französische, drei belgische und zwei englische Offiziere in Berlin eingetroffen, um die alliierte Ueberwachungskommission zu verstärken. Im Hotel Esplanade ist für noch weitere sechzehn alliierte Offiziere zum 1. Juli Quartier angefordert.

* * *

Der „demokratische Kopf" Herriot und Deutschland.

Paris, 24. Juni. Herriot hat in einer Unterredung nochmals erklärt, er werde die demokratische Sache in Deutschland, deren Loyalität offenkundig sei, unterstützen, aber gegen Anstifter von Zwistigkeiten und Zerstörer der dem Frieden günstigen Faktoren Strenge anwenden. (!) Für den Fall eines vorsätzlichen Angriffes von seiten Deutschlands besitze er die Zusicherung eines Defensivpaktes zwischen Frankreich, England und Belgien. Sobald Deutschland sein Verhältnis zur Reparations- und zur Sicherheitsfrage geklärt hat, wird Frankreich die Frage seiner Zulassung zum Völkerbund erörtern. Er und Macdonald handelten gemeinsam, um bei ihrem Werk alle demokratischen Köpfe miteinander zu versöhnen. (!) Es bestehe die Absicht, Deutschland im Endstadium (aha!) der Konferenz zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, da der Sachverständigenbericht über die Bedingungen des Versailler Vertrages hinausgehe.

*

Die Besprechungen in Brüssel.

Brüssel, 24. Juni. Nach der Konferenz zwischen Herriot und den belgischen Ministern Theunis und Hymans wurde ein Bericht ausgegeben, in dem es u. a. heißt: Die Verhandlungen geben die Hoffnung auf ein baldiges Zusammengehen Englands, Frankreichs, Italiens und Belgens, um die baldige Inkraftsetzung des Sachverständigengutachtens sicherzustellen. Die Annäherung zwischen den alliierten Mächten, die durch die Reisen der belgischen Minister nach London, Paris und Mailand vorbereitet wurde, werde die Lösung der noch schwebenden Fragen erleichtern. Die Unterredungen in Brüssel wurden in einem aufrichtigen Geiste enger Freundschaft und gegenseitigen Vertrauens geführt und haben den Eindruck hinterlassen, daß ein ernster Fortschritt erzielt wurde, und daß die nächste Konferenz imstande sein werde, das Reparationsproblem einer baldigen Lösung entgegenzuführen.

*

Paris, 24. Juni. Der „Matin" meldet aus Brüssel: Das wichtigste Ergebnis der Besprechungen ist das Zugeständnis Theunis an Herriot, keinerlei Abmachungen hinsichtlich der Lage in Deutschland einzugehen, denen nicht Frankreich vorher zugestimmt habe. Damit ist das Vertragsverhältnis erneuert worden, das auch die Ruhrbesetzung und die Ruhrausbeute in sich schließt.

Paris, 24. Juni. Wie der Brüsseler Berichterstatter der „Chicago Tribune" meldet, sollen Macdonald, Herriot und Theunis angesichts der Tatsache, daß General Dawes verhindert sein würde, am 16. Juli der Londoner Konferenz beizuwohnen, eine Einladung an den zweiten amerikanischen Sachverständigen Owen Young erwägen.

*

Micum-Raub wird fortgesetzt.

Berlin, 24. Juni. Die am 30. Juni ablaufenden Micumverträge sollen nach Meldungen aus Brüssel und Paris abermals unverändert bis Ende Juli verlängert werden. Das Reichskabinett wird auch diesmal die Zwangsverlängerung nicht verhindern können.

*

Die Aufhebung der Kriegsgerichte abgelehnt.

Paris, 24. Juni. Das „Echo" meldet, daß der deutsche Botschafter in seiner letzten Audienz bei Herriot die Aufhebung der kriegsgerichtlichen Verfahren im besetzten Gebiet nachgesucht habe. Herriot habe ihm nach Anhörung des Kriegsministers eine ablehnende Antwort gegeben, da durch die nationalistische deutsche Propaganda die Sicherheit der Besatzungsarmee heute weniger als je verbürgt sei.

* * *

Amerika und die Julikonferenz.

Neuyork, 24. Juni. Die Vereinigten Staaten sind durchaus bereit, an der Regelung der Reparationsfrage Europa zu helfen, doch beabsichtigen sie nicht, sich in irgendwelche europäischen Schwierigkeiten zu mischen. Präsident Coolidge vertrete die Ansicht, daß Amerika gewisse direkte und indirekte Interessen in Europa habe, doch würde diesen nicht durch eine aktive Teilnahme an der für Juli in London vorgesehenen Konferenz gedient werden. Man erwarte, daß Amerika informell vertreten sein werde, doch werde keine Möglichkeit gesehen, daß Dawes oder Hughes an der Konferenz teilnehmen würden.

Krawall im Reichstag.

Berlin, 24. Juni. Der Reichstag trat heute wieder zusammen. Bei den Anträgen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten, die Straffreiheit für politische Straftaten und Freilassung von politischen Gefangenen fordern, fragt Abg. Gräf, Thüringen (D.-R.), warum Herr von Jagow, der nun schon zwei Jahre in der Festung Gollnow festgehalten wird, immer noch nicht begnadigt sei. Glaube man immer noch, daß die Republik durch ihn in Gefahr kommen könne? Ebenso solle man Herrn v. Lüttwitz und den Major Papst begnadigen. Vor zwei bis drei Jahren sei doch von der Reichsregierung eine allgemeine Amnestie für die sogen. Kapp-Verbrecher zugesagt worden. — Abg. Scholem (Kom.) spricht von deutschvölkischen Eseln, die den Klassenkampf als jüdisch-marxistische Mache betrachteten. Der weiße Justizterror müsse beseitigt werden. Die proletarische „Gerechtigkeit" müsse eingeführt werden, wie sie in Rußland gehandhabt werde. — Bereits während der Rede des Kommunisten Scholem war es zu Zusammenstößen mit den Nationalsozialisten gekommen. Diese steigerten sich, als der Nationalsozialist Dr. Roth zu Worte kam, der den allgemeinen Amnestieantrag seiner Fraktion begründete. Als der Redner, der infolge des kommunistischen Krakeels kaum verständlich war, ausführte, daß Levine in München mit Recht die Kugel erhalten habe, brach bei den Kommunisten ein ungeheurer Lärm aus. Mit drohend erhobenen Fäusten drangen die Kommunisten auf die Rednertribüne zu, dem Redner zurufend: Herunter! Herunter! Einige Kommunisten gingen sogar soweit, mit Heften und Tintenfässern nach dem Redner zu werfen, wobei ihnen aber leider das Mißgeschick unterlief, daß sie mit der Tinte einige ihrer Fraktionsgenossen beschmutzten. Vizepräsident Dr. Rießer versuchte vergeblich, den Lärm zu beschwichtigen. Schließlich führte die Erregung soweit, daß sich vor der Rednertribüne National-Sozialisten und Kommunisten kampfbereit gegenüberstanden. Der Präsident, der Ordnungsrufe erteilte, vermochte die Erregten nicht auseinanderzubringen und unterbrach die Sitzung. Tätlichkeiten konnten nur durch das Zwischentreten einiger beherzter Abgeordneter vom Bayrischen Bauernbund vermieden werden.

* *

Berlin, 24. Juni. Der Aeltestenausschuß des Reichstages hat beschlossen, daß die gegenwärtige Tagung am Sonnabend abgeschlossen werden soll. Wann der Reichstag dann wieder zusammentritt, hängt davon ab, wann die Reichsregierung die Gesetze zum Sachverständigengutachten vorlegen kann.

Berlin, 24. Juni. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch vom 12. Juni, der für die eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie der Gruppe Nord-West die Verlängerung der bisherigen Arbeitszeitregelung bis zum 31. Oktober und eine Lohnerhöhung von 12½ Prozent vorsieht, mit Rücksicht auf die unveränderte ungünstige Wirtschaftslage für verbindlich erklärt.